



Mitteilungsblatt

26. Oktober 2000

Nr. 50

Inhalt:

Prüfungsordnung (BPO) für den Bachelor-Studiengang Biotechnologie im Fachbereich Chemieingenieurwesen/ Verfahrenstechnik an der Fachhochschule Lausitz

(in der Beschlussfassung des Fachbereichsrates vom 5. September 2000)

Herausgeber:

Der Rektor der Fachhochschule Lausitz
Großenhainer Str. 57, 01968 Senftenberg
Tel. 0 35 73/85 0 Fax 0 35 73/85-20 9
Internet <http://www.fh-lausitz.de>

E-Mail: rektor-office@fh-lausitz.de

Inhaltsverzeichnis

I. Allgemeines.....	1
§1 Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studienordnung	1
§2 Ziel des Studiums; Zweck der Prüfungen; Hochschulgrad	1
§3 Regelstudienzeit; Studienumfang.....	1
§4 Studienbegleitende Prüfungen	2
§5 Prüfungsausschuss.....	2
§6 Prüfer und Beisitzer.....	3
§7 Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen.....	3
§8 Einstufungsprüfung	4
§9 Bewertung von Prüfungsleistungen	4
§10 Wiederholung von Prüfungsleistungen und Erfolgskontrolle des Studiums.....	5
§11 Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß	6
II. Prüfungen.....	7
§12 Ziel, Umfang und Form der Prüfungen	7
§13 Zulassung zu Prüfungen	7
§14 Durchführung von Prüfungen	8
§15 Klausurarbeiten	9
§16 Mündliche Prüfungen	9
§17 Prüfungsvorleistungen.....	10
§18 Prüfungsübersicht.....	11
III. Praktisches Studiensemester.....	11
§19 Praktisches Studiensemester	11
IV. Bachelor's Thesis und Kolloquium.....	12
§20 Bachelor's Thesis	12
§21 Zulassung zur Bachelor's Thesis	13
§22 Ausgabe und Bearbeitung der Bachelor's Thesis	13
§23 Abgabe und Bewertung der Bachelor's Thesis.....	14
§24 Kolloquium	14

V. Erfolgreicher Abschluss des Bachelor-Studiums; Zusatzfächer	15
§25 Studienabschluss	15
§26 Urkunde, Zeugnis, Gesamtnote	16
§27 Zusatzfächer	16
VI. Schlussbestimmungen.....	16
§28 Einsicht in die Prüfungsakten	16
§29 Ungültigkeit von Prüfungen.....	17
§30 Inkrafttreten, Übergangsvorschriften	17

I. Allgemeines

§ 1

Geltungsbereich der Prüfungsordnung; Studienordnung

(1) Diese Prüfungsordnung gilt für das Biotechnologie-Studium an der Fachhochschule Lausitz. Sie regelt gemäß § 13 Brandenburgisches Hochschulgesetz (BbgHG) vom 20. Mai 1999 die zur Erlangung des berufsqualifizierenden Abschlusses "Bachelor of Biotechnology" zu erbringenden Leistungen.

(2) Auf der Grundlage dieser Prüfungsordnung wird eine Studienordnung erstellt, die Inhalt und Aufbau des Studiums in dem Bachelor-Studiengang Biotechnologie unter Berücksichtigung der fachlichen und hochschuldidaktischen Entwicklung und der Anforderungen der beruflichen Praxis regelt.

(3) Soweit in dieser Ordnung Personen, Mitgliedergruppen oder Funktionsträger der Hochschule genannt werden, sind damit sowohl männliche als auch weibliche Personen bezeichnet.

§ 2

Ziel des Studiums; Zweck der Prüfungen; Hochschulgrad

(1) Der Bachelor of Biotechnology bildet den ersten berufsqualifizierenden Abschluss des Studiums.

(2) Das zum Bachelor führende Studium dient unter Beachtung der allgemeinen Studienziele (§ 6 BbgHG) dazu, wissenschaftliche Erkenntnisse und anwendungsbezogene Inhalte in dem gewählten Studiengang zu vermitteln. Der Student wird befähigt, wissenschaftliche Methoden anzuwenden und praxisgerechte Problemlösungen zu erarbeiten.

(3) Durch studienbegleitende Prüfungen soll festgestellt werden, ob der Kandidat die für eine berufliche Tätigkeit als Biotechnologe erforderlichen Fachkenntnisse erworben hat und befähigt ist, auf der Grundlage wissenschaftlicher Erkenntnisse und Methoden selbständig zu arbeiten.

(4) Auf Grund der vollständig erbrachten Studienleistungen wird der Hochschulgrad "Bachelor of Biotechnology with Honours" (B. Biotech. (Hons)) verliehen.

§ 3

Regelstudienzeit; Studienumfang

(1) Das Studium umfasst eine Regelstudienzeit von sieben Semestern. Die Regelstudienzeit schließt eine von der Hochschule begleitete und betreute berufspraktische Tätigkeit von mindestens 20 Wochen im 5. Semester (Praktisches Studiensemester), die Prüfungszeiten und die Zeit für die Anfertigung der Abschlussarbeit (Bachelors's Thesis) im 7. Semester ein.

(2) Das Studium in dem Bachelor-Studiengang Biotechnologie ist in Module gegliedert, die in der Regel mehrere Lehrveranstaltungen eines Faches oder verwandter Fächer beinhalten. Dabei vermitteln die Module der ersten 3 Semester allgemeine und mathematisch-natur-

wissenschaftliche Grundlagen, die der anschliessenden 4 Semester die studiengangsspezifischen Fachinhalte. Der Gesamtumfang des Lehrangebots im Bachelor-Studiengang beträgt 150 Semesterwochenstunden.

§ 4 Studienbegleitende Prüfungen

(1) In den studienbegleitenden Prüfungen soll festgestellt werden, ob der Kandidat Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.

Die Prüfungsformen sind am Inhalt der in der Studienordnung vorgesehenen Module zu orientieren und spätestens acht Wochen nach Beginn der Lehrveranstaltungen bekanntzugeben.

(2) Das Studium wird mit der Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) und einem Kolloquium abgeschlossen. Das Thema der Abschluss-Arbeit wird so rechtzeitig ausgegeben, dass das Kolloquium am Ende des siebenten Semesters abgelegt werden kann. Das Kolloquium soll innerhalb von zwei Monaten nach Abgabe der Abschluss-Arbeit stattfinden.

§ 5 Prüfungsausschuss

(1) Für die Organisation der Prüfungen und die durch diese Prüfungsordnung zugewiesenen Aufgaben ist vom Fachbereich ein Prüfungsausschuss zu bilden. Der Prüfungsausschuss besteht aus dem Vorsitzenden, dessen Stellvertreter und zwei weiteren Mitgliedern aus dem Kreis der Professoren, einem Mitglied aus dem Kreis der wissenschaftlichen Mitarbeiter, das mindestens den entsprechenden Bachelor-Grad oder einen vergleichbaren Hochschulabschluss abgelegt haben muss und zwei Mitgliedern aus dem Kreis der Studenten. Die Mitglieder des Prüfungsausschusses werden vom Fachbereichsrat bestellt. Der Vorsitzende wird aus dem Kreis der dem Prüfungsausschuss angehörenden Professoren von den Prüfungsausschussmitgliedern gewählt.

(2) Der Prüfungsausschuss achtet auf die Einhaltung der Prüfungsordnung und sorgt für die ordnungsgemäße Durchführung der Prüfungen. Er ist insbesondere zuständig für die Entscheidung über Widersprüche gegen in Prüfungsverfahren getroffene Entscheidungen. Darüber hinaus veröffentlicht er in jedem Semester die Dauer der durchschnittlichen tatsächlichen Studienzeiten. Er berichtet dem Fachbereichsrat über Prüfungsergebnisse und Studienzeitabweichungen. Er schlägt dem Fachbereichsrat Maßnahmen zur Einhaltung der Regelstudienzeit vor. Maßnahmen zur Prüfungsorganisation trifft der Prüfungsausschuss selbst. Der Prüfungsausschuss kann die Erledigung seiner Aufgaben für alle Regelfälle auf den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses übertragen; dies gilt nicht für die Entscheidung über Widersprüche.

Die Amtszeit der hauptberuflich an der Fachhochschule Lausitz tätigen Mitglieder beträgt zwei Jahre, die der studentischen Mitglieder ein Jahr. Eine erneute Bestellung ist zulässig.

(3) Der Prüfungsausschuss ist beschlussfähig, wenn neben dem Vorsitzenden oder dessen Stellvertreter und einem weiteren Professor mindestens zwei weitere stimmberechtigte Mitglieder anwesend sind. Er beschließt mit einfacher Mehrheit. Bei Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden. Die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses sowie der

wissenschaftliche Mitarbeiter wirken bei pädagogisch-wissenschaftlichen Entscheidungen, insbesondere bei der Anrechnung oder sonstigen Beurteilung von Studien- und Prüfungsleistungen und der Bestellung von Prüfern und Beisitzern, nicht mit. An der Beratung und Beschlussfassung über Angelegenheiten, die die Festlegung von Prüfungsaufgaben oder die ihre eigene Prüfung betreffen, nehmen die studentischen Mitglieder des Prüfungsausschusses nicht teil.

(4) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses haben das Recht, bei der Abnahme von Prüfungen zugegen zu sein. Ausgenommen sind studentische Mitglieder, die sich am selben Tag der gleichen Prüfung zu unterziehen haben.

(5) Die Mitglieder des Prüfungsausschusses unterliegen der Amtsverschwiegenheit. Sofern sie nicht im öffentlichen Dienst stehen, sind sie durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zur Verschwiegenheit zu verpflichten.

(6) Entscheidungen des Prüfungsausschusses oder seines Vorsitzenden sind dem Kandidaten unverzüglich mitzuteilen.

§ 6

Prüfer und Beisitzer

(1) Der Prüfungsausschuss bestellt die Prüfer und die Beisitzer. Zum Prüfer darf nur bestellt werden, wer in dem Studienabschnitt, auf den sich die Prüfung bezieht, eine einschlägige selbständige Lehrtätigkeit ausgeübt hat, sofern nicht zwingende Gründe eine Abweichung erfordern. Sind mehrere Prüfer zu bestellen, soll mindestens ein Prüfer in dem betreffenden Prüfungsfach gelehrt haben. Zum Beisitzer darf nur bestellt werden, wer mindestens den entsprechenden Bachelor-Abschluss besitzt oder eine vergleichbare Qualifikation erworben hat (sachkundiger Beisitzer). Die Prüfer sind in ihrer Prüfungstätigkeit unabhängig.

(2) Der Kandidat kann für mündliche Prüfungen einen Prüfer oder mehrere Prüfer vorschlagen. Er kann ferner einen Prüfer als Betreuer der Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) vorschlagen. Der Prüfungsausschuss achtet darauf, dass die Prüfungsverpflichtung möglichst gleichmäßig auf die Prüfer verteilt werden. Auf den Vorschlag des Kandidaten ist nach Möglichkeit Rücksicht zu nehmen.

(3) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses sorgt dafür, dass dem Kandidaten die Namen der Prüfer rechtzeitig bekanntgegeben werden. Die Bekanntgabe soll zugleich mit der Zulassung zur Prüfung, in der Regel mindestens zwei Wochen vor der Prüfung bzw. vor dem Kolloquium zur Abschluss-Arbeit erfolgen. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(4) Prüfer und Beisitzer unterliegen der Amtsverschwiegenheit.

§ 7

Anrechnung von Studienzeiten, Studien- und Prüfungsleistungen

(1) Studien- und Prüfungsleistungen an einer Hochschule der Bundesrepublik Deutschland werden anerkannt, soweit nach Inhalt, Umfang und Anforderungen Gleichwertigkeit zur Studienordnung des Bachelor-Studienganges der Fachhochschule Lausitz vorliegt.

(2) Bei der Anerkennung von Studien- und Prüfungsleistungen, die ausserhalb der Bundesrepublik Deutschland erbracht wurden, sind die von der KMK und HRK gebilligten Äquivalenzvereinbarungen sowie Absprachen im Rahmen von Hochschulpartnerschaften auf der Basis des ECTS-Systems zu beachten. Soweit Äquivalenzvereinbarungen nicht vorliegen, entscheidet der Prüfungsausschuss über die Anrechnung. Im übrigen kann bei Zweifeln in der Frage der Gleichwertigkeit die Zentralstelle für ausländisches Bildungswesen gehört werden.

(3) Die Abs. 1 und 2 gelten auch für die Anrechnung des praktischen Studiensemesters und dabei erbrachter Studienleistungen.

(4) Über die Anrechnung nach den Abs. 1 bis 3 entscheidet der Prüfungsausschuss im Zweifelsfall nach Anhörung der für die Fächer zuständigen Prüfer.

(5) Die Anerkennung gemäß (1) ist ausgeschlossen in Fällen des endgültigen Scheiterns eines Studenten in einem biologisch/biotechnologischen Bachelor- und Diplomstudiengang an einer Fachhochschule sowie eines biologisch/biotechnologischen Bachelor-Studienganges an einer Universität oder sonstigen Hochschule.

§ 8

Einstufungsprüfung

(1) Studienbewerber mit Hochschulzugangsberechtigung, die die für ein erfolgreiches Studium erforderliche Kenntnisse und Fähigkeiten auf andere Weise als durch ein Studium erworben haben, sind nach dem Ergebnis einer Einstufungsprüfung nach § 14 Abs. 1 BbgHG berechtigt, das Studium in einem dem Ergebnis entsprechenden Abschnitt des Studiengangs aufzunehmen, soweit nicht Regelungen über die Vergabe von Studienplätzen entgegenstehen.

(2) Nach dem Ergebnis der Einstufungsprüfung können dem Studienbewerber das praktische Studiensemester im Sinne des § 3 Abs. 1 Satz 2, die Teilnahme an Pflicht- und Wahlpflichtveranstaltungen und die entsprechenden Prüfungsleistungen in Prüfungen ganz oder teilweise erlassen werden; dies gilt nicht für die Prüfungen, die nach der Studienordnung und dem Studienplan in der Regel zum Ende des sechsten Semesters stattfinden sollen. Über die Entscheidung erhält der Kandidat eine Bescheinigung.

(3) Näheres über Art, Form und Umfang der Einstufungsprüfung ist in der "Einstufungsprüfungsordnung" für die Studiengänge des Fachbereiches Chemieingenieurwesen/Verfahrenstechnik geregelt.

§ 9

Bewertung von Prüfungsleistungen

(1) Studienleistungen werden durch Vergabe von Credit Points (CP) bewertet. Der Nachweis der erfolgreichen Teilnahme an einer Lehrveranstaltung erfolgt studienbegleitend durch praktische, schriftliche oder mündliche Prüfungen (oder eine Kombination davon). CPs werden aufgrund von in Prüfungen erbrachten Mindestleistungen vergeben.

(2) Prüfungsleistungen sind durch Noten differenziert zu beurteilen. Die Noten für die einzelnen Prüfungsleistungen werden von dem jeweiligen Prüfer festgesetzt.

(3) Sind mehrere Prüfer an einer Prüfung beteiligt, so bewerten sie die gesamte Prüfungsleistung gemeinsam, sofern nicht nachfolgend etwas anderes bestimmt ist. Bei nicht übereinstimmender Beurteilung ergibt sich die Note aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen.

(4) Die Prüfungsleistungen werden entsprechend einer internationalen Notenskala benotet:

A : Excellent	1,0 - 1,5	(hervorragend)	=	eine hervorragende Leistung;
B : Very good	1,6 - 2,0	(sehr gut)	=	eine Leistung, die erheblich über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
C : Good	2,1 - 3,0	(gut)	=	eine Leistung, die über den durchschnittlichen Anforderungen liegt;
D : Satisfactory	3,1 - 3,5	(befriedigend)	=	eine Leistung, die durchschnittlichen Anforderungen entspricht;
E : Sufficient	3,6 - 4,0	(ausreichend)	=	eine Leistung, die trotz ihrer Mängel noch den Anforderungen genügt;
F : Fail	ab 4,1	(nicht bestanden)	=	eine Leistung, die wegen erheblicher Mängel den Anforderungen nicht mehr genügt.

(5) Bei Bestehen einer Prüfung (mit 4,0 oder besser) sind alle einer Lehrveranstaltung zurechenbaren CPs erworben. Neben den CPs wird die erzielte Leistung entsprechend der internationalen Notenskala auf dem Schein oder Zeugnis vermerkt.

§ 10

Wiederholung von Prüfungsleistungen und Erfolgskontrolle des Studiums

(1) Prüfungsleistungen können bis zu zweimal wiederholt werden. Die Wiederholung soll spätestens im Rahmen der Prüfungstermine des jeweils folgenden Semesters abgelegt werden. Der Prüfungsanspruch erlischt bei Versäumnis der Wiederholungsfrist, es sei denn, der Prüfling hat das Versäumnis nicht zu vertreten.

(2) Die zweite Wiederholungsprüfung ist grundsätzlich vor zwei Prüfern abzulegen. Die Prüfung ist nur dann mit "nicht bestanden" (F: Fail) zu bewerten, wenn beide Prüfer zu diesem Ergebnis kommen. Wird die zweite Wiederholungsprüfung nicht bestanden, hat der Kandidat die Prüfung endgültig nicht bestanden.

(3) Die Abschlussarbeit (Bachelors's Thesis) und das Kolloquium können je einmal wiederholt werden. Fehlversuche an anderen Universitäten, Hochschulen oder Fachhochschulen sind anzurechnen.

(4) Eine mindestens mit "ausreichend" (E: Sufficient) bewertete Prüfungsleistung kann nicht wiederholt werden.

(5) Versäumt ein Kandidat, der das Kolloquium erstmals nicht bestanden hat, sich innerhalb von zwölf Monaten erneut zum Kolloquium zu melden, erlischt der Prüfungsanspruch, es sei denn,

dass der Kandidat das Fristversäumnis nicht zu vertreten hat. Die erforderlichen Feststellungen trifft der Prüfungsausschuss nach mündlicher Anhörung des Kandidaten.

(6) Der Studienfortschritt ist durch den Erwerb von mindetens 2/3 der vorgesehenen Credit Points pro Studienjahr nachzuweisen.

Voraussetzung für den Eintritt in das praktische Studiensemester (5. Semester) ist der Erwerb von 120 CP.

Bei fehlendem Studienfortschritt gemäß Satz 1 ist der Studierende zu einem Beratungsgespräch beim Studiengangsbeauftragten des Fachbereiches verpflichtet. Nach zweimalig erfolglosem Beratungsgespräch (keine 120 CPs nach 6 Semestern Studiendauer), kann der Prüfungsausschuss nach Einzelfallprüfung den Abbruch des Studiums empfehlen.

§ 11

Versäumnis, Rücktritt, Täuschung, Ordnungsverstoß

(1) Eine Prüfung gilt als "nicht bestanden" (F: Fail), wenn der Kandidat zu einem Prüfungstermin ohne triftige Gründe nicht erscheint oder wenn er nach Beginn der Prüfung ohne triftige Gründe von der Prüfung zurücktritt oder die Prüfungsleistung nicht vor Ablauf der Prüfung erbringt. Satz 1 gilt entsprechend, wenn der Kandidat die Bachelors's Thesis nicht fristgemäß abliefern. Wird die gestellte Prüfungsaufgabe nicht bearbeitet oder geht aus der Art der Bearbeitung offenkundig hervor, dass ein ernsthafter Wille zur Lösung der gestellten Aufgabe gefehlt hat, steht das dem Säumnis nach Satz 1 gleich.

(2) Die für den Rücktritt oder das Versäumnis geltend gemachten Gründe müssen dem Prüfungsausschuss unverzüglich schriftlich angezeigt und glaubhaft gemacht werden. Bei Krankheit des Kandidaten kann die Vorlage eines ärztlichen oder amtsärztlichen Attestes verlangt werden. Erkennt der Prüfungsausschuss die persönlichen Gründe an, so wird dem Kandidaten mitgeteilt, dass er die Zulassung zu der entsprechenden Prüfung erneut beantragen kann.

(3) Versucht der Kandidat, das Ergebnis seiner Prüfungsleistung durch Täuschung oder Benutzung nicht zugelassener Hilfsmittel zu beeinflussen, gilt die betreffende Prüfung mit "nicht bestanden" (F: Fail) bewertet.

(4) Ein Kandidat, der den ordnungsgemäßen Ablauf der Prüfung stört, kann von dem jeweiligen Prüfer oder Aufsichtführenden in der Regel nach Abmahnung von der Fortsetzung der Prüfung ausgeschlossen werden; in diesem Fall gilt die betreffende Prüfungsleistung mit "nicht ausreichend" (F: Fail) bewertet. Die Gründe für den Ausschluss sind aktenkundig zu machen. Wird der Kandidat von der weiteren Erbringung einer Prüfungsleistung ausgeschlossen, kann er verlangen, dass diese Entscheidung vom Prüfungsausschuss überprüft wird.

II. Prüfungen

§ 12

Ziel, Umfang und Form der Prüfungen

- (1) In den Prüfungen soll festgestellt werden, ob der Kandidat Inhalt und Methoden der Prüfungsfächer in den wesentlichen Zusammenhängen beherrscht und die erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten selbständig anwenden kann.
- (2) Die Prüfungsanforderungen sind am Inhalt der Module zu orientieren, die auf Grund der Studienordnung vorgesehen sind und zu Beginn eines Moduls bekanntzugeben.
- (3) Prüfungen bestehen aus einer oder mehrere Prüfungsleistungen.
- (4) Als Prüfungsleistungen kommen in Betracht:
1. schriftliche Klausurarbeiten mit einer Bearbeitungszeit von zwei bis vier Zeitstunden
 2. mündlichen Prüfungen von 20 - 45 Minuten Dauer je Kandidat
 3. Studienarbeiten (umfangreichere Arbeiten mit einer Bearbeitungszeit von höchstens einem Semester)
 4. Projektarbeiten (umfangreichere Arbeiten mit in der Regel fächerübergreifender Aufgabenstellung und Bearbeitungszeiten von einem Semester oder länger)
 5. Schriftliche Ausarbeitungen, Experimente, Konstruktionen, Publikationen
- (5) Der Prüfer legt spätestens acht Wochen nach Beginn der Lehrveranstaltung durch hochschulöffentliche Bekanntgabe die Prüfungsform und im Fall einer Klausurarbeit deren Bearbeitungszeit fest.
- (6) Prüfungsleistungen in einer Prüfung können nach Maßgabe des § 8 Abs. 2 durch gleichwertige Leistungen in einer Einstufungsprüfung gemäß § 14 Abs. 1 BbgHG ersetzt werden.
- (7) Eine Prüfung ist bestanden, wenn alle Prüfungsleistungen mindestens mit "ausreichend" (E: Sufficient) bewertet worden sind.

§ 13

Zulassung zu Prüfungen

- (1) Zu einer Prüfung kann nur zugelassen werden, wer
1. ordnungsgemäß an der FHL immatrikuliert ist,
 2. die Prüfungsvorleistungen erbracht hat.

Die in Abs. 1 Nr. 2 genannten Voraussetzungen können durch entsprechende Feststellungen im Rahmen einer Einstufungsprüfung nach § 14 Abs. 1 BbgHG ganz oder teilweise ersetzt werden.

- (2) Kandidaten können Prüfungen, die nach der Studienordnung und dem Studienplan zum Ende des sechsten Semesters stattfinden sollen, nur ablegen, wenn sie 150 Credit Points aus den ersten fünf Semestern erreicht haben; Abs. 1 Nr. 2 findet entsprechende Anwendung. Bei den in Satz 1

genannten Prüfungen muss der Kandidat ferner seit mindestens einem Semester an der Fachhochschule Lausitz als Student eingeschrieben oder als Zweithörer zugelassen sein.

(3) Der Antrag auf Zulassung ist bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Der Antrag kann für mehrere Prüfungen zugleich gestellt werden, wenn diese Prüfungen innerhalb desselben Prüfungszeitraums oder die dafür vorgesehenen Prüfungstermine spätestens zu Beginn der Vorlesungszeit des folgenden Semesters stattfinden sollen.

(4) Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen oder bis zu einem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin nachzureichen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in Abs. 1 und 2 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen
3. eine Erklärung darüber, ob bei mündlichen Prüfungen einer Zulassung von Zuhörern widersprochen wird.

Ist es dem Kandidaten nicht möglich, eine nach Satz 1 erforderliche Unterlage in der vorgeschriebenen Weise beizufügen, kann der Prüfungsausschuss gestatten, den Nachweis auf andere Art zu führen.

(5) Der Antrag auf Zulassung zu einer Prüfung kann schriftlich beim Vorsitzenden des Prüfungsausschusses bis eine Woche vor dem festgesetzten Prüfungstermin ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(6) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses, im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss.

(7) Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Abs. 1 und 2 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind oder
- b) die Unterlagen unvollständig sind und nicht bis zu dem vom Prüfungsausschuss festgesetzten Termin ergänzt werden oder
- c) der Kandidat eine entsprechende Prüfung im gleichen Studiengang endgültig nicht bestanden hat oder in der Bundesrepublik Deutschland eine entsprechende Prüfung im gleichen oder entsprechenden Studiengang endgültig nicht bestanden hat,
- d) der Kandidat in der Bundesrepublik Deutschland seinen Prüfungsanspruch im gleichen Studiengang oder einem entsprechenden Bachelor/Diplom-Studiengang (FH) durch Versäumen einer Wiederholungsfrist verloren hat.

§ 14

Durchführung von Prüfungen

(1) Prüfungen werden außerhalb des Vorlesungszeitraumes abgelegt.

(2) Für jedes Prüfungsfach ist mindestens ein Prüfungstermin je Semester anzusetzen. Der vom Prüfungsausschuss festzulegende Prüfungszeitraum wird zum Semesterbeginn oder am Ende des vorhergehenden Semesters bekanntgegeben. Der Prüfungszeitraum liegt zwischen zwei aufeinanderfolgenden Vorlesungszeiträumen.

(3) Der Prüfungstermin wird rechtzeitig, mindestens zwei Wochen vor der betreffenden Prüfung, bekanntgegeben. Die Bekanntmachung durch Aushang ist ausreichend.

(4) Der Kandidat hat sich auf Verlangen des Prüfers oder Aufsichtführenden mit einem amtlichen Ausweis auszuweisen.

(5) Macht der Kandidat durch ein ärztliches Zeugnis oder auf andere Weise glaubhaft, dass er wegen körperlicher Behinderung nicht in der Lage ist, die Prüfung ganz oder teilweise in der vorgesehenen Form abzulegen, kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses gestatten, gleichwertige Prüfungsleistungen in einer anderen Form zu erbringen. Er hat dafür zu sorgen, dass durch die Gestaltung der Prüfungsbedingungen eine Benachteiligung für Behinderte nach Möglichkeit ausgeglichen wird. Im Zweifel kann der Vorsitzende des Prüfungsausschusses weitere Nachweise fordern.

§ 15

Klausurarbeiten

(1) In den Klausurarbeiten soll der Kandidat nachweisen, dass er in begrenzter Zeit und mit beschränkten Hilfsmitteln Probleme aus Gebieten des jeweiligen Prüfungsfachs mit geläufigen Methoden seiner Fachrichtung erkennen und auf richtigem Wege zu einer Lösung finden kann.

(2) Eine Klausurarbeit findet unter Aufsicht statt. Über die Zulassung von Hilfsmitteln entscheidet der Prüfer.

(3) Die Prüfungsaufgabe einer Klausurarbeit wird in der Regel von nur einem Prüfer gestellt. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete zusammenfassend geprüft werden, kann die Prüfungsaufgabe auch von mehreren Prüfern gestellt werden. In diesem Fall legen die Prüfer die Gewichtung der Anteile an der Prüfungsaufgabe vorher gemeinsam fest; ungeachtet der Anteile und ihrer Gewichtung beurteilt jeder Prüfer die gesamte Klausurarbeit. Abweichend von Satz 3 zweiter Halbsatz kann der Prüfungsausschuss wegen der Besonderheit eines Fachgebietes bestimmen, dass der Prüfer nur den Teil der Klausurarbeit beurteilt, der seinem Fachgebiet entspricht.

§ 16

Mündliche Prüfungen

(1) Mündliche Prüfungen werden in der Regel vor einem Prüfer in Gegenwart eines sachkundigen Beisitzers (§ 6 Abs. 1 Satz 3) oder vor mehreren Prüfern (Kollegialprüfung) als Gruppenprüfungen oder als Einzelprüfungen abgelegt. Hierbei wird jeder Kandidat in einem Prüfungsfach in der Regel nur von einem Prüfer geprüft. Vor der Festsetzung der Note hat der Prüfer den Beisitzer oder die anderen Prüfer zu hören. In fachlich begründeten Fällen, insbesondere wenn in einem Prüfungsfach mehrere Fachgebiete geprüft werden, kann die Prüfung von mehreren Prüfern abgenommen werden. Dabei prüft und bewertet jeder Prüfer nur den seinem Fachgebiet entsprechenden Anteil des Prüfungsfaches.

In diesem Fall legen die Prüfer die Gewichtung der Anteile vor Beginn der Prüfung gemeinsam fest; bei der Bildung der Note der Prüfung gemäß § 9 Abs. 4 werden die Bewertungen der einzelnen Prüfer entsprechend der festgelegten Gewichtung der Anteile berücksichtigt.

(2) Die wesentlichen Gegenstände und Ergebnisse der Prüfung, insbesondere die für die Benotung maßgeblichen Tatsachen, sind in einem Protokoll festzuhalten. Das Ergebnis der Prüfung ist dem Kandidaten unmittelbar im Anschluss an die mündliche Prüfung bekanntzugeben.

(3) Studenten, die sich in einem späteren Prüfungszeitraum der gleichen Prüfung unterziehen wollen, werden nach Maßgabe der räumlichen Verhältnisse als Zuhörer zugelassen, sofern nicht ein Kandidat bei der Meldung zur Prüfung diesem widersprochen hat. Die Zulassung erstreckt sich nicht auf die Beratung und Bekanntgabe des Prüfungsergebnisses.

§ 17

Prüfungsvorleistungen

(1) Als Zulassungsvoraussetzung für Prüfungen können Prüfungsvorleistungen gefordert werden. Die für diese Prüfungsvorleistungen geforderten Studienleistungen sollen nach Gegenstand und Anforderung so auf den Inhalt der jeweiligen Lehrveranstaltung bezogen sein, dass die für das Fach vorgesehene Prüfung oder die Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) ihrem Zweck nach nicht vorweggenommen wird.

(2) Als Studienleistungen kommen insbesondere schriftliche Ausarbeitungen (Hausarbeiten), gegebenenfalls in Verbindung mit einem Kolloquium, Klausurarbeiten, Referate, Entwürfe, experimentelle Arbeiten, Berechnungen und Konstruktionen, Versuche im Labor oder Praktikum mit schriftlicher Auswertung, Programmierübungen sowie mündliche Leistungen in Fachgesprächen in Betracht. Die Form wird im Einzelfall von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden festgelegt und zu Beginn des Semesters bekanntgegeben.

(3) Soll die erfolgreiche Teilnahme an einer Lehrveranstaltung durch eine benotete Prüfungsvorleistung festgestellt werden, wird dies von dem für die Veranstaltung zuständigen Lehrenden zu Beginn des Semesters bekanntgegeben.

(4) Die geforderte Studienleistung muss mindestens mit "ausreichend" (E: Sufficient) bewertet worden sein. Besteht die Prüfungsvorleistung aus mehreren bewerteten Studienleistungen, so ergibt sich die Note der Prüfungsvorleistung aus dem arithmetischen Mittel der gewichteten Einzelbewertungen.

(5) Für die Erbringung von Studienleistungen findet bei einer körperlichen Behinderung des Kandidaten die Vorschrift des § 14 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

(6) Versuche zur Erbringung von Prüfungsvorleistungen können wiederholt werden. Darüber hinaus kann der für die Veranstaltung zuständige Lehrende die Möglichkeit geben, dass der Student zu Beginn des folgenden Semesters einzelne Teilleistungen ergänzt, wenn der geforderte Mindestumfang der Studienleistungen unwesentlich unterschritten worden ist.

§18 **Prüfungsübersicht**

(1) In folgenden Fächern sind Prüfungen abzulegen:

- Mathematik
- Informatik
- Physik
- Betriebswirtschaftslehre
- Fremdsprache
- Anorganische Chemie
- Physikalische Chemie
- Organische Chemie
- Mikrobiologie
- Zellbiologie
- Biochemie
- Molekularbiologie
- Bioinformatik
- Fachrecht Biotechnologie
- Gentechnik
- Bioverfahrenstechnik
- Technische Mikrobiologie
- Projektarbeit
- Wahlpflichtfächer
- Auswertung des PSS

(2) In Fächern, die von Laborpraktika begleitet werden, ist die Absolvierung des Laborprogramms Voraussetzung zur Prüfungszulassung. Die betreffenden Fächer sind aus der Fächer- und Stundenübersicht der Studienordnung ersichtlich.

III. Praktisches Studiensemester

§ 19 **Praktisches Studiensemester**

(1) In das Studium ist eine berufspraktische Tätigkeit von mindestens 20 Wochen (Praktisches Studiensemester - PSS) integriert.

(2) Das praktische Studiensemester soll den Studenten an die berufliche Tätigkeit eines Biotechnologen durch konkrete Aufgabenstellung und praktische Mitarbeit in Unternehmen oder anderen Einrichtungen der Berufspraxis heranzuführen. Es soll insbesondere dazu dienen, die im bisherigen Studium erworbenen Kenntnisse und Fähigkeiten anzuwenden und die bei der praktischen Tätigkeit gemachten Erfahrungen zu reflektieren und auszuwerten.

(3) Zur Zulassung zum praktischen Studiensemester sind 120 Credit Points erforderlich. Über Ausnahmen entscheidet der Prüfungsausschuss.

(4) Während des praktischen Studiensemesters wird die Tätigkeit des Studenten durch die Fachhochschule begleitet. Art, Form und Umfang der Begleitung werden in der "Ordnung für das praktische Studiensemester" (OPS) geregelt.

(5) Das praktische Studiensemester wird von dem für die Begleitung zuständigen Lehrenden als Studienleistung anerkannt, wenn

1. eine positive Einschätzung der Ausbildungsstätte über die Mitarbeit des Studenten vorliegt,
2. der Student seine Praktikumsarbeit termingerecht vorgelegt und im Rahmen des Kolloquiums erfolgreich verteidigt hat.

IV. Bachelor's Thesis und Kolloquium

§ 20

Bachelor's Thesis

(1) Die Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) soll zeigen, dass der Kandidat befähigt ist, innerhalb einer vorgegebenen Frist eine praxisorientierte Aufgabe aus seinem Fachgebiet sowohl in ihren fachlichen Einzelheiten als auch in den fachübergreifenden Zusammenhängen nach wissenschaftlichen und fachpraktischen Methoden selbständig zu bearbeiten. Die Abschluss-Arbeit ist in der Regel eine eigenständige Untersuchung mit einer experimentellen oder theoretischen Aufgabenstellung und einer ausführlichen Beschreibung und Erläuterung ihrer Lösung.

(2) Die Abschluss-Arbeit kann von jedem Professor, der gemäß § 6 Abs. 1 zum Prüfer bestellt werden kann, ausgegeben und betreut werden. Auf Antrag des Kandidaten kann der Prüfungsausschuss auch einen Honorarprofessor oder mit entsprechenden Aufgaben betrauten Lehrbeauftragten gemäß § 6 Abs. 1 zum Betreuer bestellen, wenn das vorgesehene Thema nicht durch einen Professor der Fachhochschule betreut werden kann. Die Abschluss-Arbeit wird an der Hochschule oder in einer Einrichtung außerhalb der Hochschule durchgeführt. Dem Kandidaten ist Gelegenheit zu geben, Vorschläge für das Thema der Abschluss-Arbeit sowie für den Betreuer zu machen.

(3) Auf Antrag sorgt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses dafür, dass ein Kandidat rechtzeitig ein Thema für die Abschluss-Arbeit erhält.

(4) Die Abschluss-Arbeit kann auch in Form einer Gruppenarbeit zugelassen werden, wenn der als Prüfungsleistung zu bewertende Beitrag des einzelnen auf Grund der Angabe von Abschnitten, Seitenzahlen oder anderen objektiven Kriterien, die eine eindeutige Abgrenzung ermöglichen, deutlich unterscheidbar und bewertbar ist und die Anforderungen nach Abs. 1 erfüllt.

(5) Die schriftliche Abschluss-Arbeit ist in Inhalt und Form nach den Kriterien einer wissenschaftlichen Publikation in der Biotechnologie anzufertigen. Besonderheiten der jeweiligen Themenstellung im Einzelfall sind bei der Ausgabe der Abschluss-Arbeit mit dem betreuenden Professor der Hochschule abzustimmen.

§ 21

Zulassung zur Bachelor's Thesis

(1) Zur Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) kann nur zugelassen werden, wer

1. mindestens 150 Credit Points erworben hat
2. das praktische Studiensemester erfolgreich abgeleistet hat (+30 CP)

(2) Der Antrag auf Zulassung ist schriftlich an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind folgende Unterlagen beizufügen, sofern sie nicht bereits früher vorgelegt wurden:

1. die Nachweise über die in Abs. 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen,
2. eine Erklärung über bisherige Versuche zur Bearbeitung einer Abschluss-Arbeit und zur Absolvierung eines Bachelor-Studiums.

Dem Antrag soll eine Erklärung darüber beigefügt werden, welcher Prüfer zur Ausgabe und Betreuung der Abschluss-Arbeit bereit ist.

(3) Der Antrag auf Zulassung kann schriftlich bis zur Bekanntgabe der Entscheidung über den Antrag ohne Anrechnung auf die Zahl der möglichen Prüfungsversuche zurückgenommen werden.

(4) Über die Zulassung entscheidet der Vorsitzende des Prüfungsausschusses und im Zweifelsfall der Prüfungsausschuss. Die Zulassung ist zu versagen, wenn

- a) die in Abs. 1 genannten Voraussetzungen nicht erfüllt sind,
- b) die Unterlagen unvollständig sind,
- c) in der Bundesrepublik Deutschland eine entsprechende Abschluss-Arbeit ohne Wiederholungsmöglichkeit als nicht ausreichend bewertet worden ist oder der Kandidat eine der Prüfungsleitungen endgültig nicht bestanden hat oder
- d) der Kandidat in der Bundesrepublik Deutschland seinen Prüfungsanspruch in einem biologisch/biotechnologischen Bachelor-Studiengang bzw. biologisch/biotechnologischen Diplom-Studiengang (FH) endgültig verloren hat.

§ 22

Ausgabe und Bearbeitung der Bachelor's Thesis

(1) Die Ausgabe des Themas der Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) erfolgt durch den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses. Als Zeitpunkt der Ausgabe gilt der Tag, an dem der Vorsitzende des Prüfungsausschusses das von dem Betreuer der Abschluss-Arbeit gestellte Thema dem Kandidaten zur Bearbeitung übergeben wird; der Zeitpunkt ist aktenkundig zu machen.

(2) Die Bearbeitungszeit der Abschluss-Arbeit beträgt in der Regel vier Monate. Wird die Abschluss-Arbeit in einer Einrichtung außerhalb der Fachhochschule durchgeführt, kann die Bearbeitungszeit entsprechend verlängert werden, höchstens jedoch auf insgesamt sechs Monate. Die Bearbeitungszeit kann auf Antrag des Prüflings aus Gründen, die er nicht zu vertreten hat, um höchstens zwei Monate verlängert werden.

(3) Das Thema der Abschluss-Arbeit kann nur einmal und nur innerhalb der ersten vier Wochen der Bearbeitungszeit ohne Angabe von Gründen zurückgegeben werden. Im Fall der Wiederholung gemäß § 10 Abs. 4 ist die Rückgabe nur zulässig, wenn der Kandidat bei der Anfertigung seiner ersten Abschluss-Arbeit von dieser Möglichkeit keinen Gebrauch gemacht hat.

(4) Im Fall einer körperlichen Behinderung des Kandidaten findet § 14 Abs. 5 entsprechende Anwendung.

§ 23

Abgabe und Bewertung der Bachelor's Thesis

(1) Die Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) ist fristgemäß bei dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses einzureichen. Der Zeitpunkt der Abgabe ist aktenkundig zu machen; bei Zustellung der Arbeit durch die Post ist der Zeitpunkt der Einlieferung bei der Post maßgebend. Bei der Abgabe hat der Kandidat schriftlich zu versichern, dass er seine Arbeit - bei einer Gruppenarbeit seinen entsprechend gekennzeichneten Anteil der Arbeit - selbständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen und bei Zitaten kenntlich gemachten Quellen und Hilfsmittel benutzt hat.

(2) Die Abschluss-Arbeit ist von zwei Prüfern zu bewerten. Einer der Prüfer soll der Betreuer sein. Der zweite Prüfer wird vom Prüfungsausschuss bestimmt; im Fall des § 20 Abs. 2 Satz 2 muss der zweite Prüfer ein Professor sein. Bei nicht übereinstimmender Bewertung durch die Prüfer wird die Note der Abschluss-Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der Einzelbewertungen gebildet, wenn die Differenz der beiden Noten weniger als 2,0 beträgt. Beträgt die Differenz 2,0 oder mehr, wird vom Prüfungsausschuss ein dritter Prüfer bestimmt. In diesem Fall ergibt sich die Note der Abschluss-Arbeit aus dem arithmetischen Mittel der drei Einzelbewertungen. Die Abschluss-Arbeit kann jedoch nur dann als "ausreichend" (E: Sufficient) oder besser bewertet werden, wenn mindestens zwei der Noten "ausreichend" (E: Sufficient) oder besser sind.

§ 24

Kolloquium

(1) Das Kolloquium ergänzt die Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) und ist getrennt zu bewerten. Es dient der Feststellung, ob der Kandidat befähigt ist, die Ergebnisse der Abschluss-Arbeit, ihre fachlichen Grundlagen, ihre fächerübergreifenden Zusammenhänge und ihre außerfachlichen Bezüge mündlich darzustellen und selbständig zu begründen und ihre Bedeutung für die Praxis einzuschätzen.

(2) Zum Kolloquium kann der Kandidat nur zugelassen werden, wenn

1. die in § 21 Abs. 1 genannten Voraussetzungen für die Zulassung zur Abschluss-Arbeit nachgewiesen sind, die Einschreibung als Student oder die Zulassung als Zweithörer vorliegt,
2. alle Prüfungen bestanden sind,
3. die Abschluss-Arbeit mindestens mit "ausreichend" (E: Sufficient) bewertet worden ist.

Der Antrag auf Zulassung ist an den Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu richten. Dem Antrag sind die Nachweise über die in Satz 1 genannten Zulassungsvoraussetzungen beizufügen, sofern sie dem Prüfungsausschuss nicht bereits vorliegen; ferner ist eine Erklärung über bisherige Versuche zur Ablegung entsprechender Prüfungen beizufügen. Der Kandidat kann die Zulassung zum Kolloquium auch bereits bei der Meldung zur Abschluss-Arbeit (§ 21 Abs. 2) beantragen; in diesem Fall erfolgt die Zulassung zum Kolloquium, sobald alle erforderlichen Nachweise und Unterlagen dem Prüfungsausschuss vorliegen. Für die Zulassung zum Kolloquium und ihre Versagung gilt im übrigen § 21 Abs. 4 entsprechend.

(3) Das Kolloquium wird als mündliche Prüfung (§ 16) durchgeführt und von den Prüfern der Abschluss-Arbeit gemeinsam abgenommen und bewertet. Im Fall des § 23 Abs. 2 Satz 5 wird das Kolloquium von den Prüfern abgenommen, aus deren Einzelbewertungen die Note der Abschluss-Arbeit gebildet worden ist. Das Kolloquium dauert mindestens dreißig Minuten. Bei einem Gruppenkolloquium erhöht sich die Zeitdauer entsprechend. Für die Durchführung des Kolloquiums finden im übrigen die für mündliche Prüfungen geltenden Vorschriften entsprechende Anwendung.

V. Erfolgreicher Abschluss des Bachelor-Studiums; Zusatzfächer

§ 25 Studienabschluss

(1) Das Bachelor-Studium ist erfolgreich abgeschlossen, wenn alle vorgeschriebenen Prüfungen gemäß § 18 bestanden wurden sowie die Abschluss-Arbeit (Bachelor's Thesis) und das Kolloquium mindestens mit "ausreichend" (E: Sufficient) bewertet worden sind.

(2) Über den nicht erfolgreichen Abschluss des Studiums oder über den Verlust des Prüfungsanspruchs gemäß § 10 Abs. 6 wird ein Bescheid erteilt, der mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen ist. Auf Antrag stellt der Vorsitzende des Prüfungsausschusses nach der Exmatrikulation eine Bescheinigung aus, die die erbrachten Prüfungsleistungen und deren Benotung sowie die zum erfolgreichen Studienabschluss noch fehlenden Prüfungsleistungen enthält. Aus der Bescheinigung muss hervorgehen, dass der Kandidat den Studienabschluss endgültig nicht erreicht oder seinen Prüfungsanspruch gemäß § 10 Abs. 6 verloren hat.

§ 26**Urkunde, Zeugnis, Gesamtnote**

(1) Über den erfolgreichen Abschluss des Bachelor-Studiums wird unverzüglich, möglichst innerhalb von vier Wochen nach der letzten Prüfungsleistung, eine Urkunde und ein Zeugnis ausgestellt. Das Zeugnis wird in deutscher und englischer Sprache ausgefertigt und enthält neben der Gesamtnote eine detaillierte Auflistung der erfolgreich absolvierten Lehrveranstaltungen. Auf dem Zeugnis sind die Namen der Prüfer für die einzelnen Fächer zu nennen. Prüfungsleistungen, die an anderen Hochschulen erbracht und nach § 7 angerechnet wurden, sind im Zeugnis kenntlich zu machen.

(2) Die Gesamtnote des Bachelor-Abschlusses wird aus dem gewichteten Mittel der in Abs. 1 genannten Einzelnoten gemäß § 9 Abs. 4 gebildet. Dabei werden folgende Notengewichte zugrunde gelegt:

Bachelor's Thesis	20 von Hundert
Kolloquium	10 von Hundert
Durchschnitt der Noten der Prüfungen	70 von Hundert

(3) Die Urkunde über den Bachelor-Grad ist vom Präsidenten der Fachhochschule und dem Dekan des Fachbereiches zu unterschreiben.

(4) Das Zeugnis ist vom Dekan des Fachbereiches und dem Vorsitzenden des Prüfungsausschusses zu unterschreiben. Das Zeugnis und die Urkunde tragen das Datum des Tages, an dem die letzte Prüfungsleistung erbracht worden ist.

§ 27**Zusatzfächer**

(1) Im Zeugnis werden alle mit Erfolg absolvierten Module ausgewiesen. Auf Antrag können zusätzliche erbrachte Leistungen im Zeugnis ausgewiesen werden. Diese bleiben jedoch bei der Ermittlung des Prädikats ausser Betracht.

VI. Schlussbestimmungen**§ 28****Einsicht in die Prüfungsakten**

(1) Dem Kandidaten wird auf schriftlichen Antrag innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe der Prüfungsergebnisse oder des Bescheides über den nicht erfolgreichen Abschluss des Studiums Einsicht in die Prüfungsarbeiten gewährt.

(2) Der Vorsitzende des Prüfungsausschusses bestimmt Ort und Zeit der Einsichtnahme.

(3) Der Antrag kann je Prüfungsarbeit nur einmal gestellt werden.

§ 29**Ungültigkeit von Prüfungen**

(1) Hat der Kandidat bei einer Prüfung getäuscht und wird diese Tatsache erst nach der Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 25 Abs. 2 Satz 3 bekannt, so kann der Prüfungsausschuss nachträglich die Noten für diejenigen Prüfungsleistungen, bei deren Erbringung der Kandidat getäuscht hat, entsprechend berichtigen und den Studienabschluss für nicht erfolgreich erklären.

(2) Waren die Voraussetzungen für die Zulassung zu einer Prüfung nicht erfüllt, ohne dass der Kandidat hierüber täuschen wollte, und wird diese Tatsache erst nach Aushändigung des Zeugnisses oder der Bescheinigung nach § 25 Abs. 2 Satz 3 bekannt, wird dieser Mangel durch das Bestehen der Prüfung geheilt. Hat der Kandidat die Zulassung vorsätzlich zu Unrecht erwirkt, entscheidet der Prüfungsausschuss über die Rechtsfolgen.

(3) Das unrichtige Prüfungszeugnis oder die unrichtige Bescheinigung nach § 25 Abs. 2 Satz 3 ist einzuziehen und gegebenenfalls neu zu erteilen. Eine Entscheidung nach Abs. 1 und Abs. 2 Satz 2 ist nach einer Frist von fünf Jahren nach Ausstellung des Prüfungszeugnisses oder der Bescheinigung nach § 25 Abs. 2 Satz 2 ausgeschlossen.

(4) Dem Kandidaten ist vor der Entscheidung Gelegenheit zur Äußerung zu geben.

§ 30**Inkrafttreten, Übergangsvorschriften**

(1) Diese Prüfungsordnung tritt am Tage nach der Veröffentlichung im "Mitteilungsblatt der Fachhochschule Lausitz" in Kraft.

(2) Diese Prüfungsordnung gilt für alle Studenten, die ab Wintersemester 2000/01 das Studium im Studiengang Biotechnologie an der Fachhochschule Lausitz aufgenommen haben. Für die Matrikel B 2000/01, B 2001/02 und B 2002/03 ist die aus einer Einstufungsprüfung resultierende Aufnahme des Bachelor-Studiums in einem höheren Semester nicht gegeben.